

Der Zeit- = Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 2/3
Verleger: Abnighat 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Zeitl. Berlin

Verzinkt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsmitglieder sind an Otto Behms, Berlin D 24
Memeler Straße 2/3 (Hollstedtstraße 5388), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 4 M.,
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpaltige Zeile.

Der Bundesausschuß fordert ein Notgesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit!

Die fünfte Sitzung des Bundesausschusses des ADGB, beschloss die Regelung der Arbeitszeit und der Bekämpfung der Ueberstunden. Der Genosse Leipzig leitete die Aussprache ein. Angesichts der hohen Zahl der Arbeitslosen sei die Ueberstundenarbeit, sofern sie nicht infolge besonderer Umstände unumgänglich sei, besonders verwerflich. Die Bekämpfung der Ueberstunden schließe in sich die Forderung, daß der Achtstundentag nicht überschritten wird. Es sollen in Zukunft nur dann Abweichungen vom Achtstundentag zugelassen werden, wenn dringende Notfälle vorliegen oder wenn Ueberstunden zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitsergebnissen erforderlich sind. Die Fertigstellung eines Arbeitszeitgesetzes können die Gewerkschaften nicht abwarten. Sie müssen daher, um der dringenden Not der Arbeitslosen so schnell wie möglich zu begegnen, ein Notgesetz fordern. Aber auch die Verabschiedung eines solchen erfordert Zeit, weshalb sich der Bundesausschuß auch an die Verbände wenden muß, damit sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Häufung der Ueberstunden entgegenzutreten.

Der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand, Spliebt, der Leipziger Ausführungen ergänzte, legte dar, daß in den letzten Monaten keine zu irgendwelchen Hoffnungen berechtigende Berringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Voraussetzungen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes lassen sich zwar nicht einmal für die nächste Zukunft machen, aber es liegen zahlreiche Gründe zu einer sehr ernsthaften Beurteilung der Lage und damit genügend Gründe zur Durchführung schnell wirkender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor. Da der Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen die baldige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes groß ist, ist es notwendig, die deutsche Gesetzgebung jetzt sofort zu einer Teilregelung der Arbeitszeitfrage durch ein Notgesetz zu drängen, das eine den Forderungen der Gewerkschaften entsprechende Regelung in entscheidenden Punkten vorwegnehmen soll.

In der sehr eingehenden Debatte wandten sich die Redner verschiedener Verbände vor allen Dingen gegen den Mißbrauch, der mit dem Begriff Arbeitsbereitschaft in einer Reihe von Berufen des Verkehrsgewerbes, der krafterzeugenden Industrie sowie im Gasthaus- und Friseurgewerbe getrieben wird. Die in der Entschließung aufgestellten Forderungen sollen durch entsprechende Änderungen der geltenden Arbeitszeitverordnung verwirklicht werden.

Der Bundesausschuß nahm einstimmig folgende Entschließung an:

Entschließung

betr. Forderung eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit.

I.

Als Folgeerscheinung der völlig verfehlten und von den Gewerkschaften bekämpften geltenden Arbeitszeitregelung haben wir heute eine teilweise unmäßige Ausdehnung der Arbeitszeit und ein unerträgliches Ueberstundenwesen, während zugleich circa zwei Millionen Menschen die Möglichkeit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft nicht finden können und statt dessen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Dieser furchtbare Zustand, der bei weiterem Fortbestehen der geltenden Arbeitszeitverordnung chronisch zu werden droht, hat mit Recht Empörung und Unwillen unter Arbeitslosen und Arbeitenden hervorgerufen.

Es ergibt sich daher die zwingende Forderung, eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit dadurch herbeizuführen, daß die regelmäßige Arbeitszeit sofort auf das von den Gewerkschaften auch aus vielen anderen Gründen stets geforderte Höchstmaß von acht Stunden täglich zurückgeführt wird. Die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Arbeitsmöglichkeit ist auch im Reichsarbeitsministerium bereits inoffiziell anerkannt worden, als im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung von dort Ueberstunden als unerwünscht bezeichnet wurden. Um so mehr muß energischer Protest dagegen erhoben werden, daß bis in die jüngste Zeit noch Schiedsprüche gefällt und sogar für verbindlich erklärt worden sind, die den Arbeitern eine längere als achtstündige Arbeitszeit auferlegten.

Angesichts der katastrophalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist es für die Gewerkschaften unerträglich, eine den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende, vernünftige Arbeitszeitregelung von dem zweifelhaften Ausgang der Beratung eines allgemeinen Arbeitsschutzgesetzes abhängig zu machen. Der Bundesausschuß fordert daher eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Achtstundentag wiederherstellt.

II.

Angesichts der großen und langdauernden Arbeitslosigkeit ist es nicht zu verantworten, daß trotzdem in vielen Betrieben die reguläre Arbeitszeit noch durch Mehr- und Ueberstunden verlängert wird. Der Bundesausschuß verpflichtet deshalb alle Verbände, diesem Unwesen auch aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzuwirken. Er fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, durch die Unterstützung dieser Bemühungen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitsbrüdern zu üben.

Die vom Bundesausschuß für die Regelung der Arbeitszeit geleistete Arbeit ist ganz besonders zu begrüßen. Tatsächlich haben sich die Dinge so entwickelt, daß der Achtstundentag, der in der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 fest-

gelegt ist, nur auf dem Papier steht. Der Arbeitstag ist bedeutend länger. Die Verordnung über die Arbeitszeit sagt:

„Insbesondere darf bei den in Ziffer I der Anordnung vom 23. November 1918 und in den §§ 11 ff. der Verordnung vom 18. März 1919 bezeichneten Arbeitnehmern die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. Jedoch kann der an einzelnen Werktagen für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung eintretende Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Mehrarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen oder der folgenden Woche ausgeglichen werden.“

Die Bestimmung, nach welcher eine längere Arbeitszeit gestattet ist, wenn wirtschaftliche Gründe dafür sprechen, ist ebenfalls durch die Entwicklung der Dinge tatsächlich ausgeschaltet. Man beliebt, es einfach so hinzustellen, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands es nicht gestatten, den Achtstundentag einzuhalten. Es entspricht dies der Auffassung, die seinerzeit Hugo Stinnes vertreten hat. Die Schlichtungsausschüsse und sonstigen behördlichen Schlichtungsinstanzen haben sich die Meinung von Stinnes, die sich übrigens mit der Auffassung der Arbeitgeber im allgemeinen deckt, zu eigen gemacht und gestaltet durch ihre Schiedsprüche die tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit so, daß die Arbeiterpflicht verpflichtet ist, länger als acht Stunden zu arbeiten. Daß jemals die wirtschaftlichen Gründe, die eine längere Arbeitszeit als acht Stunden rechtfertigten, näher geprüft worden wären bei Festlegung der Arbeitszeit, dürfte nicht in einem einzigen Falle geschehen sein.

Die Unternehmer sind im großen und ganzen betrachtet prinzipielle Gegner des Achtstundentages und haben das größte Interesse daran, daß die Arbeitszeitverordnungen in ihren Grundbestimmungen — die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden — unkorrigiert gemacht wird. Aus diesen Gründen erklärt sich auch, daß in Zeiten der schlimmsten Krise die Unternehmer an der Ueberstundenarbeit festgehalten haben, auch dann, wenn das Werk nur zwei bis drei Tage in der Woche beschäftigt war. Dieses Verhalten der Unternehmer zeigt zur Genüge, daß nicht wirtschaftliche Gründe für die Festlegung von Ueberstunden maßgebend waren, sondern daß es ihnen lediglich darauf ankam, aus Prinzip eine längere Arbeitszeit von der Arbeiterschaft zu fordern. Die Auswirkungen des Ueberstundenwesens widerspiegeln sich in der großen Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Untergrabung der Konsumfähigkeit breiterer Volksschichten. Die Arbeitszeitpolitik der Unternehmer und der behördlichen Schlichtungsorgane ist ebenso falsch wie die Einstellung des verstorbenen Stinnes zum Ruhrkampf, die letzten Endes die ungeheure Inflationswelle und damit den Zusammenbruch der Wirtschaft nach sich zog. Das Unternehmertum vertritt ein falsches Prinzip, indem es sich der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit widersetzt und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages bekämpft. Die Unternehmerargumente gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden sind hinsichtlich bekant. Einer der wichtigsten Einwände ist, daß es uns die auferlegten Lasten aus dem Dawes-Plan nicht gestattet, die achtstündige Arbeitszeit durchzuführen. Dieser Einwand hinkt ganz beträchtlich. In den Gutachten zum Dawes-Plan heißt es u. a.: „daß das deutsche Volk wirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden dürfe als die anderen Völker“, und dieser Grundsatz zeigt, daß auch unter dem Dawes-Plan der Achtstundentag möglich und durchführbar ist. Es ist aber auch gar nicht bewiesen, daß durch die Ueberstundenarbeit ein höherer Produktionsgewinn erzielt wird, der es uns erst ermöglicht, die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen zu können. Die Beweise hierfür müßte das Unternehmertum erst erbringen. Bisher sind sie uns dieselben schuldig geblieben.

Die innen- und außenpolitischen Verpflichtungen können nur dann erfüllt werden, wenn die deutsche Wirtschaft ergiebiger gestaltet wird. Das setzt aber in erster Linie voraus, daß dem deutschen Volk die Kraftsubstanzen zugeführt werden, die es braucht, um eine ergiebige Wirtschaft zu betreiben. Die Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft hängt in erster Linie von der Stärkung der Konsumfähigkeit der breiten Massen ab. Deshalb ist die Ueberführung der großen Masse der Arbeitslosen in geordnete Arbeitsverhältnisse eine dringende Notwendigkeit. Die Durchführung des Achtstundentages ist der erste Schritt hierzu. In zweiter Linie spielt selbstverständlich die Lohnfrage eine wesentliche Rolle. Der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung in der Textilindustrie ist zum größten Teil auf das Konto des gesteigerten Exportes zu setzen. Der Innenmarkt dürfte erst in zweiter Linie Antrieb hierzu abgegeben haben. Es ist aber eine alte Wirtschaftserfahrung, daß nur ein starker Innenmarkt das Rückgrat für den Export bilden kann. Man sollte deshalb annehmen, daß die bessere Einsicht endlich siegen müßte und daß die Unternehmer ihr überlebtes Prinzip, an einer möglichst langen Arbeitszeit festzuhalten, endlich aufgeben müßten. Leider wissen wir aus Erfahrung, daß eine Verständigung in der Frage der Arbeitszeit mit den Arbeitgebern nicht möglich ist, es sei denn, daß ihnen die wirtschaftliche Entwicklung selbst die Augen öffnet. Dies geschieht aber in der Regel immer recht spät. Oftmals erst dann, wenn es bereits zu spät ist. Die Arbeiterschaft hat zu wiederholten Malen bewiesen, beinahe bis zu ihrer Selbstverleugnung, daß sie sich wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegenüber nicht verschließt. Wenn man aber durch immer erneute Beispiele sieht, daß für die Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage nicht wirtschaftliche Gründe für ihr Festhalten an einer längeren als achtstündigen

Arbeitszeit maßgebend sind, sondern lediglich persönliche Profitgründe, dann muß man endlich zu der Auffassung kommen, Schluß zu machen und alle Forderungen, die auf eine längere Arbeitszeit als die in der Arbeitszeitverordnung festgelegten, hinausgehen, zurückweisen. Hoffentlich beachtet das Reichsarbeitsministerium die Gründe der Gewerkschaften und sorgt dafür, daß der Achtstundentag für die Zukunft die reguläre Arbeitszeit entsprechend der Arbeitszeitverordnung bildet.

Monopolismus oder Wirtschafts-demokratie?

Von Friedrich Ott, Berlin.

Das vor einigen Wochen ins Leben getretene internationale Eisenkartell ist der Ausdruck einer seit längerer Zeit auch in anderen Industriezweigen und in anderen Wirtschaftskreisen zu beobachtenden Konzentrationsbewegung überhaupt. Wie die Eisenindustrien Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens ihre Produktionsziffern nach einem bestimmten Schlüssel festgelegt haben, ist die neue Bewegung nach der Seite einer Aufteilung der Märkte wesentlich. Damit ist natürlich ein Zusammenarbeiten der einzelnen Werke über die politischen Grenzen hinweg verbunden. Es zeigt sich die Grundlage einer internationalen Wirtschaftsverständigung, einer Wirtschaftssolidarität der Völker, wenn man will, Beginn des unvermeidlichen europäischen Rationalisierungsprozesses, die wirtschaftliche Ergänzung der Einheitsbestrebungen in Europa. So werden ohne Zweifel im Rahmen des internationalen Eisenkartells, in den an und für sich durch Firmenunion ein nicht unerheblicher Teil der rheinisch-westfälischen Kohlenwirtschaft einbezogen worden ist, Abmachungen über den Austausch von Rohstoffen erfolgen. Die Ergänzung der französischen Minette aber, durch den westfälischen Koks z. B., bedeutet die Rekonstruktion des alten rheinisch-lothringischen Produktionsblockes der Rirdorf, Thyssen und Klöckner und die Erfüllung einer der wesentlichsten Voraussetzungen für die Reorganisation der europäischen Arbeitsmärkte.

Das Moment der internationalen Wirtschaftsverständigung ist es auch gewesen, das den Widerstand weiter Kreise, die sich über die unausbleiblichen Schäden der im Eisenpakt vorgenommenen Marktregulierung durchaus im klaren sind, gebunden hat. Wenn sich diese mit der internationalen Eisenkartellierung abgefunden haben, so besitzen sie allerdings nur, wie die Dinge und die Machtverhältnisse augenblicklich liegen, einen Wechsel auf recht lange Sicht, von dem man allerdings weiß, daß er einmal eingeleitet werden muß. Die Väter des Eisenpakt selber haben sich bis jetzt nur von einer durchaus nüchternen und privatkapitalistischen Auffassung der Preisentwicklung auf den Eisenmärkten leiten lassen. Das Ende des Krieges brachte ein Abfallen des Eisenverbrauchs und gedrückte Eisenpreise, besonders für Exporteisen. Die Politik im Eisenpakt selbst geht nun dahin, durch Regulierung des Angebots, die für Deutschland auf dem Eisenzoll und auf einer Kontingentierung der französischen Eiseneinfuhr beruht, die Preise zu steigern. Ob man die Krise in der Eisenwirtschaft damit überwinden kann, ist höchst fraglich. Denn vorläufig macht man mit der Eisenpreisaufhebung den fundamentalen Fehler, daß man den „Preis rentabel macht“ und keineswegs die Produktion. Wenn sich die eisenerarbeitende Industrie dagegen nach Kräften gewehrt hat, geschah dies auch aus der Erkenntnis heraus, daß der Beschäftigungsgrad der Verfeinerungsindustrie immer von der Höhe der Kosten des Rohmaterials abhängen wird und daß überfeste Kollen für Rohmaterial die Auswirkungen der Rationalisierung unterbinden müssen. Im übrigen fürchtete die deutsche Fertigwarenindustrie die alte Kraft der eisenschaffenden Industrie, die immer wieder auf der einen Seite ihre Rohstoffindustrie, z. B. den Bergbau, von sich abhängig machte und auf der anderen Seite die eisen- und stahlverarbeitenden Betriebe sich angeschlossen. Schließlich hat die Fertigindustrie sich mit dem Eisenpakt abgefunden, wie man sich mit Regen und Sonnenschein abfindet. Die Rohstoffgemeinschaft bzw. der Ruhrtrust haben den Organisationen der Fertigwarenindustrie das Versprechen gegeben, nicht weiter in die Fertigwaren einzudringen und den Eisenpreis vorläufig nicht zu erhöhen. Wie gesagt, handelt es sich um ein Versprechen; einmal ist aber die Anschließbewegung von Verfeinerungsbetrieben an die eisenschaffenden Konzerne, die Monopolisierung, fast immer zwangsläufig und nicht immer eine willkürliche Angelegenheit, des anderen hat sich die deutsche eisenschaffende Industrie gegenüber der eisenerarbeitenden Industrie vorbehalten, eine eventuelle Konjunktur durch erhöhte Eisenpreise auszunutzen.

Die von der Eisenindustrie gegebenen Versprechen sind also sehr dehnbar und werden in der Praxis kein Hindernis für die Preispolitik bedeuten — und dürfen es auch nicht bedeuten; denn der ganze Mechanismus im Eisenpakt, ihre ganze Wirtschaftsführung beruht ja auf dem Kunststück, durch Einschränkung der Produktion, durch Kontingentierung der Eisenerzeugung den Preis zu steigern. Wollte man das durch eine Art freiwilliger Zwangspreise hindern, so nimmt man der ganzen internationalen Eisenkartellierung, wie sie sich bis jetzt vollzogen hat, ihren Sinn. Die Ueberforderung des Preises aber, der sogenannte „rentable Preis“, hat tiefere Beziehung zu dem ganzen Umstellungsprozeß in der Eisen-

200 000 Mt.). 1925 erwarb die Zschopauer Baumwollspinnerei die Aktienmehrheit der Baumwollspinnerei U.-G. in Gelenau i. Erzgeb. (Aktienkapital 1 100 000 Mt.), deren Direktion Schulz ebenfalls übernahm. Außerdem hat er Sitz und Stimmen bei den Firmen Carl Dürfeld U.-G. in Chemnitz, Chemnitzer Aktienspinnerei, Tüll- und Garbinenweberei U.-G. in Plauen i. B. und Strick- und Wirtwarenfabrik C. A. Roscher Nachf. U.-G. in Markersdorf.

Stellvertreter der Aufsichtsratsvorsitzender der Zschopauer Baumwollspinnerei ist Justizrat Moritz Beutler. Er hat etwa 25 Aufsichtsratsposten inne. Achtmal ist Beutler Aufsichtsratsvorsitzender bei Textil-Aktiengesellschaften, und zwar bei den Firmen: Bachmann u. Ladewig U.-G. in Chemnitz, Cammann u. Co. U.-G. in Chemnitz, David Richter U.-G. in Chemnitz, Dittersdorfer Filz- und Krabstuchfabrik in Dittersdorf, Georg Liebermann Nachf. U.-G. in Falkenau (die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft ist in Händen des Konzerns der Tüllfabrik Fißha, ein Teil liegt bei Blumenstein), August Hübsch U.-G. in Chemnitz, Tüllfabrik Fißha U.-G. in Plauen bei Fißha und Zwirnerei und Nähfabrik Hermann Dignowitz U.-G. in Chemnitz. Als stellvertreter Aufsichtsratsvorsitzender fungiert Beutler bei den Textilfirmen: Handschuh-, Strumpf- und Wirtwarenfabrik C. Hugo Eidner u. Co. U.-G. in Göppersdorf bei Burgstädt, Strumpf- und Wirtwarenfabrik A. Döhner U.-G. in Chemnitz, Weber, Färberei und Appretur Joh. Stiehr U.-G. in Chemnitz und Friedrich Anton Köhler u. Co. U.-G. in Göppersdorf (Wirtwarenfabrik). Ferner ist er Aufsichtsratsmitglied der Rauchwaren- und Textilfärberei Gebr. Lohse U.-G. in Chemnitz und der Marischel Frant Sachs U.-G. in Chemnitz.

Von den weiteren Aufsichtsratsmitgliedern der Zschopauer Baumwollspinnerei ist zu nennen Banddirektor W. Boesemann-Chemnitz. Dieser besitzt u. a. Posten als Vorsitzender bei der C. Hugo Eidner U.-G. in Göppersdorf, als stellvertreter Vorsitzender bei der Bachmann u. Ladewig U.-G. in Chemnitz und als Mitglied bei den Firmen Segelwoll-Industrie U.-G. in Meerane (Blumenstein-Konzern) und Wolllindustrie U.-G. in Chemnitz.

Insgesamt besitzt die Zschopauer Baumwollspinnerei zurzeit vier Direktoren. Das Aktienkapital betrug 1914 1 500 000 Mark und 1925 1 440 000 Mark. Trotz höheren Aktienkapitals kam damals die Gesellschaft mit zwei Direktoren aus. Gegenwärtig existieren außerdem drei Bevollmächtigte und fünf Aufsichtsratsmitglieder (1914 vier). Daß durch die Verdoppelung der Direktorenzahl, die Vermehrung der Proturisten und der Mitglieder des Aufsichtsrates, von denen Herr Rittergutsbesitzer Werner Bretschneider-Bobemer nebst Frau die Beaufsichtigung der Baumwollspinnerei von Schloß Seelingstädt bei Gemma aus führen, die Leitungskosten wesentlich erhöht werden, scheint angelehrt der fetten Gewinne keine Rolle zu spielen. Der Reingewinn belief sich in der Bilanz per 30. Juni 1925 auf 459 995 Mark (1914: 242 082 Mt.). Wertpapiere und Beteiligungen beliefen sich 1925 auf zusammen 834 598 Mark. In der Bilanz per 30. Juni 1926 betrug dieser Posten 1 579 580 Mark, der Reingewinn 260 819 Mark. Die Höhe der Dividende ist unseres Wissens nicht veröffentlicht worden.

Eine dritte große Gruppe Sachsens ist der wegen seiner Beziehungen zu Blumenstein und zur Leipziger Baumwollspinnerei bereits mehrfach erwähnte Konzern der Vereinigten Deutschen Textilwerke U.-G. in Zittau. Mutterunternehmen ist die im Jahre 1911 gegründete Wagner u. Moras U.-G. in Zittau. 1917 erwarb die Gesellschaft die Baumwollspinnerei der Firma F. Schmitt Nachfolger Anton Lehrer in Zittau mit 55 000 Spindeln. 1921 beteiligte sich das Mutterunternehmen an der Gründung der „Hermann Wünsche Erben U.-G. in Ebersbach“ (Sachsen), deren Aktienmajorität und Verwaltung sie später erlangte. Seit der Sanierung der Ebersbacher Gesellschaft steht die Wagner u. Moras U.-G. im freundschaftlichen Einvernehmen mit der Kunstwollfabrik Reis u. Co. U.-G. in Friedrichsfeld (Baden). Letztere Gesellschaft erwarb 1925 fast das ganze Aktienkapital der mechanischen Weberei S. Heymann U.-G. in Ostfildern i. Sa. Am 8. März 1923 beteiligte sich Wagner u. Moras an der Gründung der Baumwoll-Import U.-G. in Hamburg. Am 19. Dezember 1923 schuf sich das Mutterunternehmen eine Betriebs-U.-G. unter der Firma „Vereinigte Deutsche Textilwerke U.-G. in Zittau“, die als Dachgesellschaft der Werke Wagner u. Moras, Hermann Wünsche

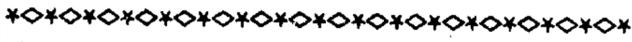
Erben und seit dem Frühjahr 1924 auch von Kreuziger u. Heyte in Leutersdorf fungiert. Mit Wirkung ab 1. Januar 1924 verpachtete Wagner u. Moras auf mehrere Jahre ihre gesamten Fabrikanlagen an die neue Dachgesellschaft.

Die Zittauer Dachgesellschaft ist uns besonders interessant. Sie gibt uns ein Musterbeispiel, wie heute in Deutschland die Wirtschaft regiert wird. Das Aktienkapital betrug in der 1924er Bilanz 100 000 Mt. Der Reingewinn bezifferte sich demgegenüber auf 409 972 Mt. Dieser enorme Gewinn wird noch drastischer, wenn man bedenkt, daß vor der Feststellung dieses buchmäßigen Gewinnes natürlich die Gehälter, festen Vergütungen, Sonderantemien usw. des tolosalen Verwaltungsapparates in Abzug gebracht worden sind. Das Unternehmen „benötigt“ zu seiner Leitung und Beaufsichtigung 36 Herren, und zwar zwei Vorstandsmitglieder, einen Generalbevollmächtigten, vier stellvertretende Vorstandsmitglieder, 16 Proturisten und 13 Aufsichtsratsmitglieder. Die Kosten eines derartigen Verwaltungsapparates werden natürlich sorgfältig verschwiegen. Desto mehr lenkt man die Augen auf die Steuern und sozialen Lasten, die man am liebsten ganz auf die Arbeiterschaft abgewälzt sieht.

Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen! Wenn ihr nicht ewig zum Lohnsklaven herabgedrückt sein wollt, dann seht den Konzern der Textilkapitalisten ein ebenso lächerliches Ganzes aller Textilarbeiter entgegen!

Machts nach!

Aus Lambrecht wird uns berichtet, daß die dortigen Kollegen am 12. September eine Hausagitation durchgeführt haben, die von einem vollen Erfolg begleitet gewesen ist. Man schreibt uns: Überall wo wir hinkamen, konnten wir Aufnahmen



Vereint, eine Macht!



buchen. Natürlich ist zu berücksichtigen, daß wir in Lambrecht selbst keine 100 oder 200 Mitglieder aufnehmen können, da so viel Unorganisierte nicht mehr vorhanden sind. In Lambrecht sind 97—98 Proz. aller Textilarbeiter organisiert. Am 19. September unternahm die Lambrechter Kolleginnen eine Agitationstour nach Schönthal. Auch hier konnten sie wie überall, Mitglieder zurückgewinnen und Neuaufnahmen

machen. Im ganzen haben sie 56 Neuaufnahmen, 2 Uebertritte und 22 Rückgewinnungen zu verzeichnen. Diese Werberarbeit ist als eine recht erfreuliche zu bezeichnen und wir könnten nur wünschen, daß unsere Kollegen und Kolleginnen überall in der gleichen Weise tätig sind, um auch in anderen Orten die Textilarbeiterchaft wieder vollzählig für die Organisation zurückzugewinnen.

Sozialpolitische Kurpfuscherie.

So nennt die „Rote Fahne“ die Einberufung des Textilarbeiterinnenkongresses nach Gera durch den Vorstand des Textilarbeiterverbandes. Die „Rote Fahne“ versucht ihren Lesern glauben zu machen, daß der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch die Einberufung des Textilarbeiterinnenkongresses den Kampf um die Besserstellung der Textilarbeiter, auf das sozialpolitische Gebiet zu verlagern, weil bei dem direkten Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der Textilarbeiter, der Textilarbeiterverband vollkommen verlagert habe. Die „Rote Fahne“ schreibt: „Der DTV hat durch seine Lohnpolitik, in der er jedem ersten Kampfe auswich, nicht nur erreicht, daß die Löhne der Textilarbeiter die niedrigsten sind, diese Lohnpolitik hat ebenso verschuldet, daß auch die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie hinter denen aller anderen Industrien weit zurück sind. Nun versucht der DTV, durch sozialpolitische Gesetze das zu erreichen, was er auf dem Wege des wirtschaftlichen Kampfes durchzuführen bisher versäumt hat.“

Wir haben nichts von dem, was wir getan und nicht getan haben, zu verschweigen gegenüber der Deffektivität. Das Wirken des Deutschen Textilarbeiterverbandes liegt offen und jeder kann sich darüber orientieren. Wer objektiv die Dinge nachprüft, wird finden, daß die Löhne der Textilarbeiter zu einer bestimmten Zeit die höchsten der deutschen Arbeiterchaft waren. Die Löhne sind tatsächlich zurückgegangen. Sie konnten nicht in der Höhe aufrecht erhalten werden, aber nicht aus Gründen, die beim Textilarbeiterverband liegen, sondern aus anderen Ursachen, über die eigentlich die „Rote Fahne“ sehr gut Bescheid wissen müßte. Die Löhne sind zurückgegangen, als durch die niedrige Höhe der kommunalistischen Partei, große Teile der Textilarbeiterchaft der Organisation den Rücken gelehrt hatten. Die Parolenfahnen und die Zellenbildung der Kommunisten, die jede gewerkschaftliche Tätigkeit lahmlegten, sind die Ursache dessen, daß heute die Löhne in der Textilindustrie so ungenügend liegen. Es gehört wahrhaftig viel Mut dazu, andere eines Verbrechens zu bezichtigen, das man selbst Endes selbst begangen hat.

Die „Rote Fahne“ glaubt dann auch, die Tätigkeit des Vorstandes bezüglich des Schwangerschutzes betrieblen zu müssen, obwohl der „Rote Fahne“ bekannt sein müßte, daß in den verschiedensten Parlamenten des Reiches kommunalistische Politiker die Forderungen des Textilarbeiterverbandes unterstützt haben, und obwohl es dem Deutschen Textilarbeiterverband gelungen ist, namhafte positive Erfolge bezüglich des Schwangerschutzes zu erreichen. Bewerksamer wäre ferner noch — um die Kritik der „Roten Fahne“ zu charakterisieren — daß der „Rote Textilarbeiter“ damals unsere Forderungen bezüglich des Schwangerschutzes abschleudert und als funktelnagelneues kommunalistisches Kampfojekt anspies. Die „Gewerkschafter“ der „Roten Fahne“, die aus eigenem Können gar nicht in der Lage sind, sozialpolitische Forderungen zu formulieren, täten gut daran, ihren Mund zu halten und nicht über Dinge zu reden, von denen sie nichts verstehen.

Wenn die „Rote Fahne“ sich abfällig darüber äußert, daß nicht auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Kongress besprochen werden, so zeigt dies eben nur, daß die „Rote Fahne“ von gewerkschaftlichen Dingen recht wenig versteht. Bei einigem Nachdenken sollte es ihr doch einleuchten, daß eine einseitige Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Textilarbeiterinnen nicht gut möglich ist, sondern daß dazu die Textilarbeiter im allgemeinen gehören. Der Textilarbeiterverband ist selbstverständlich nicht in der Lage, Berge versetzen zu können, aber das, was er erreicht hat, ist der Ausdruck der Kraft und der Stärke der Organisation. Soweit dies nicht befriedigt, so ist daran nicht die Organisation als solche, sondern sind diejenigen schuld, die der Organisation den Rücken gelehrt haben und jene, die die Textilarbeiterchaft dazu ermuntert haben.

Her mit dem Achtstundentag!

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Sächsische Industrie“, das Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, in ihrer Nummer 39 vom 25. September d. J. einen Artikel, der zur gegebenen Zeit hochtönender Reden vom „Zusammenfinden“ der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise manches verrät, was nicht unbesprochen und unseren Mitgliedern nicht vorbehalten bleiben soll. In diesem Artikel wird versucht, der Mittelwelt glauben zu machen, daß es nur eine kleine Anzahl „mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen nicht belastende Gewerkschafts- und Parteiführer“ sei, die nach dem Achtstundentag rufen. Die Arbeiter denken, nach dem Artikelschreiber der „Sächs. Industr.“, angeblich nicht daran, den Kampf für den Achtstundentag zu führen bzw. „ihre Existenz zugunsten dieses Kampfes aufs Spiel zu setzen“. Sie wissen, immer noch nach der „Sächs. Industr.“, nur zu gut, „daß die Forderungen nach dem Achtstundentag in einem Augenblick, wo fast 2 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, weltfremd anmuten muß“. Weiter ist zu lesen, daß die arbeitstosen Arbeiter gern 9 und 10 Stunden arbeiten würden, wenn man ihnen nur Arbeit bieten würde. Auch in der Lohnfrage sind es angeblich nur die „volkswirtschaftlich nicht sehr befähigten Gewerkschaftsleitungen“, die aus „agitatorischen Gründen“ höhere Löhne fordern.

Wir haben zu diesem Geschreibsel folgendes zu bemerken: Der Artikelschreiber scheint, wenn man nicht annehmen will, daß er die Deffektivität zu täuschen versucht, von den Vorgängen im Arbeitnehmerlager und dem dringenden Verlangen der Arbeitnehmer, nach geistlicher Festlegung des achtstündigen Arbeitstages, keine blasse Ahnung zu haben. Was will er jedoch sagen, wenn er im Zusammenhang mit der großen Arbeitslosigkeit von der „Existenz aufs Spiel setzen“ spricht? Doch nichts anderes, als: wehe dem, der es ernstlich wagt, in den Betrieben gegen die übermäßig lange Arbeitszeit aufzutreten. Die Reservearmee im Hinterland hat Kräfte genug, die gern 9 bis 10 Stunden arbeiten, wenn man sie ihnen nur anbietet. Oder mit anderen Worten gesagt: das Elend in den Familien der Erwerbslosen wird diese zwingen, zu den von uns gestellten Bedingungen zu arbeiten.

Auf Grund dieses Artikels muß es jedem einzelnen klar zur Erkenntnis kommen, was die Unternehmer bezwecken. Ihnen liegt nichts daran, offen denen, die Kraft zur Arbeit haben, auch solche zu geben, ihnen liegt nichts daran, den technischen Fortschritt auch der Arbeiterschaft zugute kommen zu lassen. Nein! Sie wollen und sie brauchen das Heer der Arbeitslosen als Lohn-drücker, als Mittel zur Niederhaltung der noch im Produktionsprozeß stehenden. Sie glauben, die sogenannte Befundung der Wirtschaft, wie sie sie auffassen, auf Kosten der Arbeiter vornehmen zu können und versuchen auf allen möglichen Wegen Helfershelfer zu finden.

Uns aber, die wir nach Ansicht der „Sächsischen Industrie“ „mit volkswirtschaftlichen Kenntnissen nicht belastet sind“, und die wir auch nicht boshaft genug sind, vom Artikelschreiber der „Sächs. Ind.“ das selbe zu behaupten, ist der Artikel ein weiterer Beweis für unsere Meinung, die wir schon des öfteren an dieser Stelle im Zusammenhang mit dem Erwerbslosenproblem zum Ausdruck brachten. Dem Unternehmer liegt nichts an der Einberufung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Da dem so ist, wird der Kampf um den Achtstundentag von uns mit unverminderter Kraft fortgeführt werden müssen und auch fortgeführt werden. Regierung und Deffektivität aber sei an

Welch, du bist frei — frei wie du niemals warst! * **FRAUENTEIL** * weite den Horizont dir, daß du offenbar, wie leicht beschwingt dein Fuß ins neue schreite: u. wolle.

Die rückständige Frau.

Die noch immer zahlenmäßig schwache Beteiligung der Frau im öffentlichen, gewerkschaftlichen und politischen Leben ist leider noch oft bei Männern mit beschränktem Verstand Gegenstand heftiger, mitunter zu sehr herabwürdigender Kritik. Diese geht sogar so weit, daß Arbeitskollegen die Ansicht vertreten, das Frauenwahlrecht müsse vorübergehend wieder befristet werden. Es wäre nun die Frage aufzuwerfen, ob diese Art Kritik das Uebel beseitigt und die heute noch so verächtlich als rückständig bezeichneten Frauen von ihrer „Rückständigkeit“ befreit. Diese Form der Kritik ist nicht geeignet, die Frauen in die Kampfarena des öffentlichen Lebens zu führen. Damit wird nicht die Freude und Begeisterung, die eine notwendige Voraussetzung für jeden Funktionär ist, bei der Frau an der Mitarbeit in Gewerkschaft und in Partei geweckt. Es kann nicht ermutigend wirken, wenn man immer nur von der geistigen Minderwertigkeit der Frauen hört. Fortschrittliche Männer werden eine solche abfällige Kritik nicht üben, indem ihnen die Ursachen der Rückständigkeit der Frau bekannt sind. Erfreulicherweise herrscht in den Städten ein anderer Geist. Wenn man aber immer noch von Männern hören muß, die Frau gehört ins Haus, kann man da von der Frau verlangen, daß sie, ohne geeignete Aufklärungsarbeit und von selbst, alle alten Vorurteile abstreift und sofort zu einem fortschrittlich denkenden Menschen wird? Der Mann hat die Pflicht, die Frau in der Abstreifung der alten Vorurteile zu stützen und ihr helfend beizustehen in dem Ringen nach politischer und wirtschaftlicher Erkenntnis. Er muß ihr helfen, das alte überlebte Joch abzustreifen. Insbesondere ist es die jahrhundertalte falsche Erziehungsmethode, die die Frau unter die Knechtschaft des Mannes brachte. „Er soll dein Herr sein“, das war das Motto für die Stellung der Frau gegenüber dem Manne. Noch kommt die Frau nach dem bürgerlichen Eherecht bei der Eheschließung unter die geistige und gesellschaftliche Vormundschaft des Mannes. Noch ist der Mann nach dem Gesetz Kuzwieser des eingebrachten sowie noch einbringenden Gutes der Frau. — Ist nun aber der Mann so ganz vollkommen und allen Situationen so gewachsen, daß die Frau immer zu dem Manne aufsehen kann als zu dem Belen, das mit Recht von Geschlechtes wegen im Eherecht der Gebieter über die Frau in der Ehe ist? Das wird nicht immer zutreffen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Manne hindert nur zu oft die Frau, für ihre geistigen Bedürfnisse irgendwelche Ausgaben zu machen, hindert sie oft an ihrem geistigen Fortkommen. Der Mann kann die Bildungsmöglichkeiten weit mehr ausnützen als die Frau. Ist nun trotz aller dieser Vergünstigungen der Mann immer und in allen Situationen das Muster eines klugbewußten Staatsbürgers gewesen und handelt er immer im Interesse seiner Klasse? Wenn ja, könnten dann die „Kleinfabrikanten“ eine so große Zahl Arbeiter in ihren Reihen haben? Würden dann die Militärvereine und Schützengilden eine so große Anzahl Arbeiter als Staffagemitglieder müßern können? Wer unterstützt noch zu einem sehr erheblichen Teil die bürgerlichen Sportvereine? — Das sind nicht die Frauen, das sind die Männer, und vielfach die Arbeiter.

Der verächtliche Ton, der heute leider gegenüber der Frau noch sehr oft angeschlagen wird, ist völlig unberechtigt und kann auf die Frau wahrlich nicht ermutigend wirken. Der Frau wird es in der

Deffektivität viel schwieriger gemacht, sich durchzusetzen und zu behaupten als dem Manne; nicht zuletzt auch durch den Mann selbst. Die Macht der Gewohnheit, die alten Vorurteile: „Das schickt sich nicht für eine Frau, das Weibstum leidet darunter“ und dergleichen mehr sind stärker als alle Gesehesparagraphe. Dazu kommt noch die anders geartete Erziehung der Frau vom zartesten Kindesalter an. Dem Mädchen gab man Puppen, Kochmaschinen, Handarbeiten usw. zum Spielen. Man kannte nur einen Beruf für das Mädchen: Eine tüchtige Hausfrau, treuhergönde Gattin und Mutter zu werden. In manchen Kreisen war das Geldverdienen für die Mädchen nicht standesgemäß, nicht schicklich. Diese wurden sozusagen auf den Mann dressiert. Jede Fabrikarbeiterin, jedes Dienstmädchen kannte als Ziel ihrer Bestrebungen nur die Ehe. Von einer Generation auf die andere hat sich das fortgeerbt. Der junge Mann hatte oft Gelegenheit, und sei es am Bierisch, sich mit politischen und wirtschaftlichen Fragen zu befassen. Auch die Zeitung konnte er lesen. Eines Mädchens Hände dagegen durften nicht müßig im Schoße liegen. In der Zeitung konnte höchstens der Roman gelesen werden, politische Sachen waren nur für die Männer da. So lag das Mädchen zu Hause und nähte und strickte und strickte an der Ausstattung. Ihr ganzes Denken, Sein und Hoffen war nur auf eine glückliche Ehe gerichtet. Kein Wunder, wenn heute die unter solchen Verhältnissen in die Ehe getretene Frau sich schwer damit abfinden kann, außer ihrem Aufgabebereich als Gattin und Mutter noch andere Pflichten und Rechte zu erfüllen! Man hat sich bisher wenig mit dem Empfinden und der Art des Gefühllebens der Frau befaßt. Was ein großer Teil der Männer in fünfzigjähriger Aufklärungsarbeit nicht erriecht hat, kann man das von den von öffentlichen Fragen ferngehaltenen Frauen in Kürze, also in acht bis zehn Jahren verlangen? Hinzu kommt noch, daß man vielfach in der Frau nur die Angehörige des anderen Geschlechtes sieht. Was für einen Mann recht und billig ist zu tun, schickt sich doch nicht für die Frau. Davon kann sich leider auch ein Teil Kollegen und Genossen noch nicht freimachen. Manche Frau würde sich gern am öffentlichen Leben beteiligen, aber die Furcht vor über Nachrede und den bösen Zungen hält sie davon ab. Es gehört schon etwas Ueberwindung dazu, um sich über solche Kleinliche Gehässigkeiten hinwegzusetzen. Unsere Kollegen würden der Arbeiterbewegung einen großen Dienst erweisen, wenn sie unseren Frauen helfen würden, diese alten, schon längst in den Ortus gehörenden Vorurteile zu beseitigen.

Also wollen wir der Frau gegenüber gerecht sein und deren Tun nicht mit anderen Augen ansehen als bei dem Manne, von dem man die Notwendigkeit seiner Teilnahme am öffentlichen, gewerkschaftlichen und politischen Leben fordert. Es hat dies bei manchem lange Zeit, viel Geduld und Ausdauer erfordert. Oftmals erfolglos, wie Tatsachen beweisen. Darum ihr Männer, leistet sozialistische Aufklärungsarbeit mit derselben Ausdauer und Geduld gegenüber der Frau wie bei Arbeitskollegen, d. h. auch in der Familie; seid zu Hause eurer Frau Berater und Lehrer, laßt sie teilnehmen an den Fragen, mit welchen ihr euch in der Gewerkschaft, in der Partei beschäftigt, dann wird es möglich sein, die Frauen in weit größerer Zahl als urteilsfähige, fortschrittlich denkende und geistig rege Menschen begrüßen zu können. Schaffen wir der Frau die Zeit, deren sie bedarf, um sich geistig zu betätigen, dann werden die Frauen wahre Kämpferinnen werden im Befreiungskampf der Arbeiterchaft. Martha Koch-Kirschau.

diesem Beispiel aber aufs neue gezeigt, welche freudvolle Spiel von Unternehmenseite getrieben wird. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis dem Heer der Millionen Arbeitlosen, die eine wichtige Aufgabe gegen die jetzt bestehende Gesellschaftsordnung, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem erheben, Arbeit und damit Brot gegeben ist. Dem Zustand, daß Millionen müßig gehen, während es andererseits der großen breiten Masse an Wohnung und Kleidung mangelt, muß und wird ein Ende bereitet werden. Helfershelfer dazu wird die Wiedereinführung des allgemeinen achtstündigen Arbeitstages sein! Deshalb: Wer Ohren hat zu hören, der höre: „Her mit dem Achtstundentag!“

Aus der Textilindustrie.

Erste Differenzen in Neumünster.

Seit September v. J. steht die Textilarbeiterchaft von Neumünster mit den Tuchfabrikanten in Lohnverhandlungen. Die berechtigten Forderungen konnten unsererseits wegen der dann einsetzenden schweren Krise leider nicht durchgedrückt werden. Seit einiger Zeit hat eine gute Konjunktur eingesetzt und nun drängt die Textilarbeiterchaft Neumünsters darauf, die Forderungen erneut zu erheben. Die aufgestellten Forderungen sind als bescheiden zu bezeichnen. 60 Pf. für die volljährigen Hilfsarbeiter und 45 Pf. für die volljährigen Hilfsarbeiterinnen. Bei den folgenden Verhandlungen lehnten die Unternehmer ebenso prompt wie im Vorjahre jede Lohnerhöhung ab. Am 5. Oktober fand eine Riesenversammlung der organisierten Textilarbeiter Neumünsters statt. Restlos waren die organisierten Kollegen und Kolleginnen beider Verbände (Deutscher und Christlicher Textilarbeiterverband) erschienen. Die Arbeiter eines der größten Betriebe (Firma Köster) wurden beauftragt, von der Firma Aufklärung zu verlangen, ob sie bereit sei, mit den Organisationen auf Grund der gestellten Forderungen zu verhandeln oder den Fabrikantenverein zu veranlassen, in Verhandlungen einzutreten. Dies wurde als aussichtslos vom Tuchfabrikantenverein abgelehnt. Hierauf trat die rund 350 Arbeiter und Arbeiterinnen zählende Belegschaft am 7. Oktober in den Streik. Wenn der Tuchfabrikantenverein seine Taktik beibehält, wird der Kampf auf der ganzen Linie nicht zu vermeiden sein.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir telefonisch, daß heute Freitag nachmittags Verhandlungen angefangen sind. In der nächsten Nummer werden wir ausführlich berichten.

Berichte aus Fachkreisen.

Aachen. Karl Müller ist gestorben. Mit ihm geht ein Stück Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsgeschichte dahin. Es ist notwendig, einen kurzen Rückblick zu tun, was uns Karl Müller gewesen, was er für die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit getan hat. Karl Müller war noch einer von denen, welche unter den schwierigsten Verhältnissen des Sozialistengesetzes, verfolgt von den damaligen Behörden, begleitet von all den Mühen und Drangsalen, die das damalige Unternehmertum in der brutalsten Form der aufstrebenden Arbeiterklasse entgegensetzte, umbrannt von dem Unverstand eines großen Teiles der Arbeiterchaft selber, unentwegt für die sozialistischen Ideale sowie die freie Arbeiterbewegung eingetreten sind. Er war einer von denen, welche in Aachen die Grundsteine der freien Bewegung gelegt haben, die das Samenorn pflanzten, das jetzt zu einem mächtigen Baume aufgewachsen ist. Geboren am 5. März 1851 zu Wolfheim, erlernte er, der Schule entlassen, das Weberhandwerk. Er war Mitbegründer der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Aachen, er gründete die Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit und legte ebenfalls den Grundstein der Genossenschaftsbewegung in Aachen. Er war endlich auch eifriges Mitglied in der Aachener Arbeiterpartei. Er konnte er unätzig sein, stets hat er selbst mit Hand angelegt, wenn es sich darum handelte, in irgendeiner Form der Arbeiterpartei Bewegung zu dienen. Als Mitbegründer und stets aktiv mitarbeitendes Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat er besonders der Aachener Textilarbeiterchaft große Dienste geleistet, kein Opfer im Dienste der Arbeiterbewegung war ihm zu groß, weder Entlassungen und Arbeitslosigkeit noch sonstige Maßregelungen haben ihn bewegen können, den einmal beschrittenen und als richtig erkannten Weg zum Aufstieg der Arbeiterklasse zu verlassen. Die Kollegen und Kolleginnen des Deutschen Textilarbeiterverbandes wissen, was sie an Karl Müller verloren haben, sein Andenken werden sie bewahren, sein Wirken, sein Idealismus, sein Opfermut, mit dem er dem Deutschen Textilarbeiterverband sowie der gesamten Aachener Textilarbeiterchaft wie der Gesamtbewegung gedient hat, sollen uns allen als Beispiel dienen. Unseren Dank können wir unserem alten Kampfen nicht besser abtun, als daß wir das Werk, das er mit begonnen, weiter vollenden helfen mit demselben Opfermut, mit derselben Begeisterung, mit derselben Energie, wie er, unser Karl, es stets getan hat.

Berlin. Der Streit der Stoffdrucker ist nach 18 Wochen Dauer beendet. Es wurde dreimal mit dem Norddeutschen Textilarbeiterverband verhandelt, das letztmal am 24. v. M. Am 25. v. M. war die Abschlußstreikversammlung und am 27. wurde die Arbeit bei Walter Haendel u. Co. und bei der Berliner Seiden-druckerei wieder aufgenommen. Weil Streikbrecher in den Betrieben sind und auch Mangel an Aufträge ist, können zurzeit nur die Hälfte der Streikenden eingestellt werden. Der Betrieb JTB&G bleibt vorläufig noch geschlossen. Zwei andere Stoffdruckereien, bei denen zwar nicht gestreikt wurde, die aber trotzdem während des Streiks geschlossen waren, sollen in der nächsten Zeit wieder eröffnet werden. Bis zum 31. Dezember 1926 dürfen betriebsfremde Handdrucker nicht eingestellt werden. Sämtliche Wiedereinstellungen erfolgen zu den alten Stellen. Die eigentliche Streikursache war die Abwehr eines erheblichen Lohnabbaues und die Vereinarbeitung eines einheitlichen Tarifvertrages. Dieses letztere wurde erreicht auf der Grundlage, daß erhebliche Verdiensterhöhungen hierdurch nicht einzuwirken dürfen. Mitte November d. J. soll eine demgemäße Nachprüfung stattfinden und erst dann soll die endgültige Festlegung des Tarifvertrages erfolgen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband, der in den 18 Wochen die vollständig organisierten Handdrucker in ihrem schweren Kampf genügend unterstützt hat, wurde die letzte Streikversammlung geschlossen.

Kettwig. Kolleginnen und Kollegen! Jeden aufmerksamen Beobachter der Vorgänge in den hiesigen Textilbetrieben wird es seit langem klar sein, daß wir uns allmählich wieder Zuständen nähern, die denen der Vorkriegszeit verhältnismäßig ähnlich sind. Woran liegt das? Die Unternehmer sind im Arbeitgeberverband trotz organisierter und stützen sich bei jeder etwaigen Forderung der Arbeiter auf die Stärke ihrer Organisation. Die Arbeiter aber, die ihrerseits die Forderungen der Arbeiter entgegenstellen. Andererseits versucht man aber, den Arbeiter durch gewisse Rechte vorzugewöhnen, indem man sie „freiwillig“ dazu veranlaßt. Hierin ist sich besonders die Firma Schütz, bekannt durch ihre berühmte Bettschuppenpolitik, hervor. Was nun die Kettwiger Textilarbeiter? Sie organisieren sich im gelben Arbeiterverband und nebenbei im Stahlhelm sowie im Konigin-Luise-Bund! Sie glauben denn die Kolleginnen und Kollegen, welche sich durch solche Bettschuppen zu einem derartigen Unfug verhalten lassen, wirklich ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern? Haben etwa Lohnsteigerungen, Stahlhelm usw. auch die letzten Tage Ferien verschafft und bis jetzt erhalten? Haben sie etwa den Lohn seit Ende 1923 für euch um mehr als die Hälfte gesteigert? Diese Frage wird wohl keiner, auch nicht der dümmste Feindgenosse

wollen. Jeder ehrlich Denkende wird zugeben, daß diese Erfolge hauptsächlich dem Wirken des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu danken sind. Ohne den Verband hätte euch das Unternehmertum eure Ferien längst gestohlen. Alle Verschlechterungen des Tarifes und der Ferienregelung, die ihr in den letzten Jahren habt hinnehmen müssen, verbandt ihr nur dem Umstand, daß ein Teil von euch die paar Groschen Verbandsbeitrag gepart hat aber in dem gelben Bettschuppen für die Interessen des Unternehmers sich eingesetzt haben, um sich lieb Kind zu machen. Kolleginnen und Kollegen! Steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht? Wenn ihr denkt, daß ihr einerseits alle Vorteile, die die Organisation für euch herausholt, ruhig einsteckt, ohne der Organisation beizutreten, oder was noch schlimmer ist, im gelben Bettschuppen direkt gegen die Interessen der organisierten Kollegen kämpft? Wir nehmen zu eurer Ehre an, daß bei euch noch nicht alle Scham zu den Hundstagen geflohen ist und daß ihr euch noch nicht alle zum Speichellecker erniedrigen wollt. Lernt deshalb vom Unternehmertum und schließt euch unverzüglich dem Deutschen Textilarbeiterverband an, denn vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles. Die Ortsverwaltung Kettwig des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Kirchhau-Cunewalde. Die Filiale Kirchhau-Cunewalde hatte für Sonntag, den 12. September, nach dem Berggasthaus des Mönchs-waldes Berges eine Funktionärerversammlung einberufen. Dieser Einladung waren 57 männliche und 21 weibliche Funktionäre gefolgt. Erfreulich war die beträchtliche Zahl der Kolleginnen. Diese Konferenz sollte den Auftakt bilden zu der kommenden Herbsttagung in Verbindung mit der Herbsttagung der gesamten Gewerkschaften der Welt anlässlich des 25jährigen Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Ueber die Tätigkeit der Organisation und die Aufgaben der Funktionäre sprach Kollege Eysler von der Geschäftsleitung. Er gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Leistungen des Verbandes an die Mitglieder. Näher ging er auf die Situation im Herbst 1923 bis Frühjahr 1924 ein. Besonders betonte Kollege Eysler, daß die damalige Haltung der Organisation in der Lohn-, besonders aber in der Arbeitszeitfrage, bedingt war durch die infolge der Inflation entstandenen Verhältnisse. Ein großer Teil der Mitglieder lehrte der Organisation den Rücken. Die Folgen sehen wir heute deutlich in dem rigorosen Vorgehen der Unternehmer gegenüber der Arbeiterchaft. Zeichen beginnender Einflucht kann man überall innerhalb der Organisation feststellen. So wurden in der Filiale Zwickau i. Sa. bei einer Hausagitation nahezu 600 Mitglieder gewonnen. Ohne Organisation ist die Arbeiterchaft einfach schulplos der Willkür und Profitgier des Unternehmertums preisgegeben. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, in den kommenden Wochen tüchtig zu agitieren und in den Betrieben die Kollegenschaft zum Beitritt zur Organisation zu gewinnen suchen. Mit den Worten: „Vereint sind wir nichts, vereint alles!“ schloß Kollege Eysler seine Ausführungen.

Nach einer vierstündigen Pause sprach Kollege Hager über das Statut für Rechte und Pflichten der Mitglieder. Einleitend behandelte er § 1 des Statuts (nach den Beschlüssen des Verbandstages in Kassel), welcher Zweck und Ziele des Verbandes behandelt. Dann den ganzen technischen Aufbau der Organisation bis zur höchsten Instanz, der Generalversammlung, welche alle drei Jahre stattfindet. Leicht verständlich erläuterte Kollege Hager, warum man diese und jene Fassung den einzelnen Paragrafen gegeben hat. Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften durch das Statut vor etwaigen schädigenden Gerichtsurteilen geschützt sind. Längere Ausführungen machte noch Kollege Hager über die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes und der Vorteile, die der organisierte Arbeiter gegenüber dem unorganisierten durch seine Zugehörigkeit zur Organisation bezieht.

Beide Referate wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört. Nach der Pause gab Kollege Thomas Bericht über den Bestand der Mitgliedsbücher. Unter anderem hob er hervor, daß eine ganze Anzahl von Kollegen und auch Kolleginnen über 10, über 15, ja auch über 20 Jahre Mitglied des Verbandes sind. Er forderte auf, diesen Kollegen und Kolleginnen nachzusehen. Es sei ein schönes Zeichen, daß so viele unter uns sind, die allen Stürmen und Nöten, die die Organisation umbrauten, Trotz geboten und der Organisation die Treue gewahrt haben. In der weiteren Diskussion sprachen Kollege Heibel von der Gauleitung, Kollege Widan und Kollegin Koch im Sinne der Referenten. Hierauf schloß Kollege Widan die von gutem Geist besetzte Konferenz.

Langenbielau. In einer vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufenen Textilarbeiterversammlung referierte am Montag, dem 27. September, im Dinterschen Saale, Gauleiter Kollege Frisch über das Thema: „Was geht in der schlesischen Textilindustrie vor und welche Aufgaben stehen uns bevor?“

Der sehr gut durchdachte Vortrag hätte verdient, mehr Zuhörer zu finden als 150, die in der Versammlung anwesend waren. Kollege Frisch zeigte an einer ganzen Menge von Beispielen aus schlesischen Textilorten, wie rücksichtslos und brutal die Unternehmer gegen die Arbeiterchaft vorgehen, wenn sie merken, daß die Arbeiterchaft nicht mehr oder in nicht genügender Anzahl straffe Fühlung mit ihrer gewerkschaftlichen Organisation umierhält, demgegenüber konnte aber auch auf erfreuliche Beispiele, insbesondere aus der hiesigen Filiale selbst hingewiesen werden, wo solche Unternehmerrmaßnahmen pariert und zum Nutzen der Arbeiterchaft abgewehrt werden konnten. Redner streifte auch Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Abstimmung über die Fürstenabfindung und dergl. und konnte nachweisen, daß manches heute anders sein könnte, wenn die Masse der Arbeiterchaft mehr hinter ihren gemeinsamen Interessen her wäre und ihre staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Pflichten erfüllte, insbesondere seien heute die jüngeren Jahrgänge der Arbeiterchaft — mit nur wenigen erfreulichen Ausnahmen — von einer grenzenlosen Interessenlosigkeit befallen. Redner schloß deshalb seine Ausführungen mit der Mahnung, wenn die Arbeiterchaft ihre Aufgaben erfüllen und ihre berechtigten Forderungen durchsetzen wolle, dann müsse allseitig mitgearbeitet werden, dann müsse vor allen Dingen wieder mit vermehrter Kraft der Kampf gegen den Indifferentismus aufgenommen werden, eingedenk der Worte:

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.“

Die anschließende Diskussion war kurz und sachlich, so daß Kollege Lang einige besprochene Fragen richtigstellte, auch noch mit kurzen treffenden Strichen eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Fragen zu behandeln in der Lage war.

Die Versammlung, die von einem guten Geiste getragen war, wird sicherlich auch zur weiteren Stärkung des Verbandes beitragen.

München. Ein gelungenes Treffen der Orte München, Freising und Schwabing fand am 5. September statt. Der herrliche Sonntagmorgen brachte die Münchener Teilnehmer schon früh nach Freising, wo in der fränkischen Brauereischule ein angenehmer Frühstücksgenuss bei besonders gutem Stoff bald die Grundzüge einer gemeinsamen Wanderung nach dem benachbarten Haidmüsching statt. Dort waren auch die Schwabinger Kollegen eingetroffen, so daß die Gartenwirtschaft gut besetzt war. Musikalische und humoristische Vorträge gaben dem Nachmittag seine Würze. Kollege Zimmer-Freising begrüßte die Erschienenen, im besonderen den Gauleiter Schönleben aus Augsburg mit dem Hinweis, daß die zurzeit schwebende Lohnbewegung und ihr eventueller glücklicher Ausgang der bevorstehenden Initiative der Gauleitung zu verdanken seien. Kollege Schönleben nahm darauf das Wort zu einer längeren Ansprache, in welcher er auf die allgemeine Lage, den Lehndauerkonflikt des Unternehmertums und die erfolgreiche Tätigkeit der Organisation hinwies. Ein Appell an die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Textilarbeiter war der Schluß der Ausführungen des Gauleiters,

welche bei den Anwesenden begeisterten Beifall hervorriefen. Erst nach Dunkelwerden fand die Heimreise nach den verschiedenen Orten statt.

Rheine i. W. Ein Rowdy. Aus Rheine berichtet man uns, daß der jähmütige Spinnmeister Remberg einen jugendlichen Arbeiter geschlagen hat. Einem älteren Manne, der dazwischen trat, hat Remberg einen Stoß versetzt, daß er mit der Hand in das Spindelgetriebe kam und sich erheblich verletzte. Der Spinnmeister Remberg hat sich schon wiederholt solche Rohheiten zuschulden kommen lassen. Trotzdem hat die Direktion der Firma Hammerstein gegen diesen Mann noch nichts unternommen. Die Opfer des Meisters Remberg sind natürlich immer Leute, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Er braucht deshalb nicht zu fürchten, daß gegen ihn etwas unternommen würde, da ja die unorganisierten Arbeiter nirgends einen Rückhalt finden. Die Zeiten, wo der Schlagarm als Züchtigungsmittel sogar von erwachsenen Webern gefürchtet war, sind vorüber und im allgemeinen herrscht heute in den Betrieben ein anderer Ton als vor langen Zeiten. Nur bei der Firma Hammerstein in Rheine scheint sich ein Stück Mittelalter aufrecht zu erhalten, und zwar deshalb, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen nur zu einem Teil der Gewerkschaftsorganisation angehören. Wäre die Arbeiterchaft organisiert, was zur Voraussetzung hätte, daß sie auch den Gedanken der Solidarität erfaßt hätten, dann würden sie jedenfalls dem Meister Remberg auf der Stelle handgreiflich bezeugen, daß derartige Gebräuche nicht mehr modern sind.

Zschopau. Von dem Kollegen Wolfram werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß ein Herr Walter Drechsler eine sogenannte „Arbeiter-Textilzentrale“ in Zschopau errichtet hat. Die Firma will offenbar unter diesem hoch klingenden Namen mit der Arbeiterchaft Geschäfte machen, bei welchem dann die Arbeiter die herein-gefallen sind. Es wird uns hierzu geschrieben: Der Geschäftsraum hat ungefähr eine Größe von 10—12 Quadratmeter, ausgerüstet ist das Geschäft mit einem alten Pult, einer alten Schreibmaschine, einer alten Ledertafel, altem Bindfaden und Papapapier, aber keinerlei Waren. Es ist also nur ein sogenanntes Vertriebsgeschäft. Bar-mittel scheinen ebenfalls nur in sehr geringem Umfange vorhanden zu sein. Die Waren scheinen sie erst auf Grund eingegangener Bestellungen von verschiedenen Firmen zu beziehen. Sie geben diese aber nur per Nachnahme an ihre Kunden ab. Es ist also noch den vorübergegangenen Schilderungen anzunehmen, daß bei vorfindenden Differenzen, die zwischen Abnehmer und Verkäufer eintreten und die sicher nur durch Klagen zu regeln wären, der Käufer außer einem Reinsfall auch noch die Kosten der Klage zu tragen hätte. Nun hat diese Firma in diesen Orten sich Vertreter gesucht. Diese Vertreter gehen an unsere Filialen heran und verlangen Adressen von unseren Mitgliedern. Leider haben sie Erfolg damit gehabt. Man sucht dann unsere Mitglieder auf und verkauft ihnen die Waren zu einem Preis, der nach jeder verständigen Urteil weit über den hinausgeht, wie er in den regulären Geschäften am Ort, vor allem Konsumvereinen, gezahlt werden muß.

Wir bitten also unsere Geschäftsstellen darauf zu achten, daß an die Abgesandten dieser Firma keine Adressen von uns hoch zur Verfügung gestellt werden.

Verschiedenes.

Grenzenlose Dummheit.

Der Bürgermeister Doblinger und der Kassierer Binde des bayerischen Dorfes Urrach, die wegen schwerer Unterschlagungen und gänzlichem Fehlens jeder Buchführung angeklagt waren, wurden unter großer Heiterkeit der Zuhörer vom Regensburger Gericht wegen „grenzenloser Dummheit“ freigesprochen.

Dieses besagt genug. Kein Wunder, daß die Bayern ihren „Kini“ verlangen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 17. Okt., ist der Beitrag für die 42. Woche fällig

Verlorene Mitgliedsbücher.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Handdrucker Karl Rudolf Mayer, eingetragen 14. August 1907 in Lörrach, Stammmummer 310 789, ist verloren gegangen. Es ist auch nicht ausgeschloffen, daß es gestohlen wurde. Wir eruchen die Ortsverwaltungen, falls dasselbe irgendwo vorgelegt werden sollte, es anzuhalten, einzuziehen und an die unterzeichnete Filiale einzuliefern.

Deutscher Textilarbeiterverband,
Verwaltungsstelle Lörrach
und Umgebung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Berlin, Ostark Lohe.
Cottbus, Berta Hoffmann.
Gera, Emma Drechsler, Emma Eschrich, Helene Hänel, Joseph Stöbel, Gertrud Fischer.
Pulsnitz, U. Elsa Haase, Groß-röhrsdorf.
Ulm, Johann Merkt.
Weiter i. Mg. Agathe Wagner.
Ehre ihrem Andenken!

Falsche Scham

von Dr. Curt Thomalla

nach dem gleichnamigen Film, ist ein Buch der Aufklärung

für jeden Gesunden
für jeden Kranken und vor allem
für die Jugend bzw. Eltern

Die in spannender Unterhaltungsform unter Beigabe von 100 Photographien in Kunstdruck gegebenen tiefgründigen Belehrungen sind ganz dazu angehan, jedem zur Verhütung und Heilung von Geschlechtskrankheiten den Weg zu weisen. Preis gut gebunden ... **5 M.**

Portofrei zu beziehen durch:

Textil-Praxis

Verlagsgesellschaft m. b. H.

Abt.: Buchhandlung, Berlin O 34, Memeler Str. 8-9